

Gymnasium erhalten. Realschule stärken.

Die grün-rote Landesregierung hat unsere Schulen ins Chaos gestürzt. Schüler, Lehrer und Eltern sind so unzufrieden wie noch nie. Wir wollen das ändern. Wir wollen wieder die besten Schulen für unsere Kinder. Schulen, welche die Bedürfnisse jedes einzelnen Kindes gezielt und individuell fördern. Schulen, die für Vielfalt und Chancenreichtum stehen, und Schulen, deren Abschlüsse im nationalen Vergleich genauso wie im internationalen Vergleich etwas wert sind.

Kinder sind unterschiedlich

Deshalb wollen wir als CDU ein Bildungssystem, das auf unterschiedliche Stärken und Schwächen eingeht. Das beginnt mit gezielter Förderung im Kindergarten und geht weiter mit einer Grundschule, die Lesen, Schreiben und Rechnen richtig unterrichtet. Es braucht weiterführende Schulen, die mehr bieten als Einheitsbrei und eine Schullandschaft, in der private oder kirchliche Schulen auch ihren Platz haben. Bei allen Anstrengungen in Sachen Inklusion braucht es für manche Kinder auch in Zukunft spezialisierte Förder- und Sonderschulen. Nur so lässt sich auf alle Kinder richtig eingehen.

Gymnasium erhalten

Wenn es um den Erhalt des Gymnasiums geht, misstrauen viele Menschen der Landesregierung. Zu oft haben Grüne und SPD gezeigt, dass sie diese Schulart am liebsten abschaffen würden. Wir als CDU hingegen werden das allgemeinbildende Gymnasium auch in Zukunft erhalten. Die hohe Qualität des baden-württembergischen Abiturs für den Berufseinstieg sowie für die Studierfähigkeit unserer Studentinnen und Studenten müssen gesichert werden. Ob man sich für den Weg zum Abitur acht oder neun Jahre Zeit nehmen will, sollen in Zukunft die Gymnasien zusammen mit Eltern, Schülern und Schulträgern selbst entscheiden.

Realschule stärken

Bei Grünen und SPD hatten unsere Realschulen nie viele Freunde. Dabei ist die Realschule die Schule für die Bildungsaufsteiger im Land. Die Mittlere Reife ist ein wertvolles Ticket zum Start in eine duale Berufsausbildung und eine gute Grundlage für einen erfolgreichen Übergang auf das berufliche Gymnasium. Dieses eigenständige Profil wol-

len wir erhalten. Wir lehnen den schrittweisen Umbau der Realschulen zu Gemeinschaftsschulen entschieden ab. Im Gegenteil: Wir wollen die Realschulen mit berufsbezogenen Schwerpunkten stärken und nach Leistungsfähigkeit differenzierten Unterricht ermöglichen. Und wir werden Schluss machen mit der einseitigen Benachteiligung der Realschulen gegenüber den grün-roten Gemeinschaftsschulen. Bei uns werden die Realschulen deshalb endlich wieder einen fairen Anteil an Lehrerstellen und Sachmitteln erhalten.

Berufliche Schulen fit machen

Mittelstand und Handwerk brauchen gut ausgebildete Fachkräfte. Unsere beruflichen Schulen sind dafür der richtige Partner. Wir wollen das berufliche Schulsystem erhalten und weiterentwickeln. Wir wollen mehr Freiheit für die beruflichen Schulen, beispielsweise wenn es um die Gewinnung der fachlich besten Lehrer oder innovative Weiterbildungsangebote in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft geht. Weil Baden-Württemberg in der Fläche stark ist, wollen wir betriebsnahe und wohnortnahe Berufsschulstandorte im ländlichen Raum zur Stärkung der dualen Ausbildung erhalten. Wo Standortverlagerungen oder die Bündelung der berufsschulischen Angebote dennoch nötig sind, werden wir in fairer und offener Absprache mit den Schulen, Schulträgern, Betrieben und Verbänden vor Ort gemeinsame Lösungen entwickeln.

Die Gemeinschaftsschule ist gescheitert – Grün-Rot ist gescheitert.

Bildungspolitik ist das Herzstück der Landespolitik. Wer hier versagt, gehört abgewählt. Neben den Problemen an Gymnasien und Realschulen, sind es vor allem die Qualitätsmängel der Gemeinschaftsschule, die Grün-Rot ein schlechtes Zeugnis ausstellen. Das wollen wir ändern, indem wir die Gemeinschaftsschule weiterentwickeln: Wir wollen leistungsdifferenzierten Unterricht, dass wieder Noten gegeben und eine Klasse wiederholt werden kann und dass Lehrer wieder Lehrer sein dürfen. Bis diese Qualitätsverbesserungen wirken, halten wir es für völlig falsch, gerade ländliche Schulstandorte vor die Wahl „Gemeinschaftsschule oder gar keine Schule“ zu stellen.